



STEFINGERs WOCHEN

Neues von Dr. Wolfgang Stefinger, MdB

Ausgabe 2/2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem politischen Jahresauftakt mit der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Seeon folgte der politische Jahresauftakt im Wahlkreis: Auf meine Einladung hin kam Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière nach München, um zum Thema Innere Sicherheit und Konsequenzen aus dem Terroranschlag in Berlin zu sprechen. Viele Interessierte sind der Einladung gefolgt – der Hofbräukeller war restlos ausgebucht. Über diesen regen Zuspruch habe ich mich sehr gefreut. Ein herzliches Dankeschön an die Besucher und das Team des Hofbräukellers! Mehr zur Veranstaltung finden Sie in dieser Ausgabe von **STEFINGERs WOCHEN**. Im Mittelpunkt der aktuellen Ausgabe steht das vor kurzem beschlossene Zehn-Punkte-Sicherheitsprogramm der Bundesregierung.

Heute Abend wird der neue US-Präsident Donald Trump in sein Amt eingeführt. Noch herrscht über seinen künftigen politischen Kurs große Verunsicherung. Was sind seine Ziele? Wie gestalten sich die transatlantischen Beziehungen? Sicher ist: Die künftige US-Regierung wird von den Europäern und damit auch von Deutschland mehr Verantwortung erwarten. Sicher ist aber auch: Beide Seiten sind auch weiterhin auf eine enge Partnerschaft angewiesen, denn die zahlreichen weltpolitischen Herausforderungen können wir nur gemeinsam lösen.

Mit besten Grüßen aus Berlin,
Ihr

STEFINGERs WOCHEN
Seite 1 von 4

Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Telefon (030) 227-73230
Wahlkreis München-Ost | Am Eicherhof 16 | 81929 München | Telefon (089) 41424500

wolfgang.stefinger@bundestag.de | www.wolfgang-stefinger.de

MEIN STANDPUNKT...

zur Rede von Premierministerin Theresa May zum Austritt Großbritanniens aus der EU

In dieser Woche hat die britische Premierministerin Theresa May der Öffentlichkeit dargelegt, wie sie sich den Austritt ihres Landes aus der EU vorstellt. Die Zeichen stehen auf einen „harten Brexit“: Freihandelsabkommen statt Mitgliedschaft im EU-Binnenmarkt, Ende der Freizügigkeit. Sie beteuerte aber, das Königreich wolle ein verlässlicher Partner der EU bleiben. Bis 2019 will sie die Verhandlungen mit der EU abgeschlossen haben – ein extrem ambitionierter Zeitplan. Doch viele Fragen bleiben offen. Und zunächst muss der offizielle Austrittsantrag vorliegen.

Ohne Frage: Großbritanniens politisches, finanzielles und militärisches Gewicht wird der EU fehlen, die Austrittsverhandlungen werden sich alles andere als einfach gestalten – zu sehr sind beide Seite miteinander verwoben. Klar ist aber auch: Die EU ist nicht irgendein Handelsclub, sondern eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaft mit gemeinsamen Werten. Eine gute Zusammenarbeit liegt sowohl in unserem Interesse als auch im Interesse Großbritanniens. Im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung und vor dem Hintergrund der verschärften internationalen Sicherheitslage ist ein enges Miteinander unerlässlich. Ich wünsche mir daher sehr, dass auch die künftigen Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU von Respekt, Freundschaft und Partnerschaft getragen sein werden. Es muss einen fairen Deal für alle Beteiligten geben – das hat die CSU unter anderem in Seeon deutlich gemacht.



Dr. Wolfgang Stefinger
Mitglied des Deutschen Bundestages

DAS ZEHN-PUNKTE-PROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG FÜR MEHR SICHERHEIT

Wenige Tage nach der CSU-Klausurtagung haben Bundesinnenminister de Maizière und Bundesjustizminister Heiko Maas ein zehn Punkte umfassendes Maßnahmenpaket zur weiteren Stärkung der Inneren Sicherheit vorgestellt. Dabei handelt es sich nicht um ein einzelnes Gesetzespaket, sondern um mehrere Gesetzesinitiativen, die wir nun zügig auf den Weg bringen wollen. Einige befinden sich bereits seit einigen Monaten in den Startlöchern. Wir müssen sicherstellen, dass sich Pannen und Defizite wie im Fall Amri nicht wiederholen! In dieser Woche haben der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung im Beisein von Bundespräsident Joachim Gauck und Vertretern der Länder den Opfern des Terroranschlages von Berlin gedacht. Wir schulden den Toten ein würdiges Andenken und wir denken an die Verletzten und Angehörigen.

Zehn Punkte für mehr Sicherheit

- **Einführung einer Residenzpflicht**
Es soll eine Verschärfung der bisherigen Wohnsitzauflagen für Asylbewerber geben, die über ihre Identität getäuscht haben. Falsche Angaben über die Identität können wir nicht akzeptieren! Konkret heißt das: Diejenigen, die jetzt schon entsprechende Auflagen zu erfüllen haben, werden in Zukunft auf einen bestimmten Bezirk begrenzt, was ihre Bewegungsmöglichkeiten angeht. Wenn sie dagegen verstoßen, begehen sie eine Straftat, die entsprechend geahndet wird.
- **Erleichterte Voraussetzungen für die Abschiebhaft**
Zum einen geht es um die Einführung eines neuen Haftgrundes für diejenigen, die eine erhebliche Gefahr der Sicherheit für die Bundesrepublik darstellen oder von denen eine Terrorgefahr ausgeht. Zum anderen kann diese Haft auch dann verhängt werden, wenn sie möglicherweise länger als drei Monate dauert, weil die Herkunftsländer die erforderlichen Passersatzpapiere nicht ausstellen.
- **Schärfere Überwachungsauflagen für ausreisepflichtige Ausländer**
Solche Auflagen sollen zum Einsatz kommen, wenn Ausreisepflichtige eine Gefahr für die öffentliche

Sicherheit darstellen. Für diesen Personenkreis soll insbesondere dann, wenn die öffentliche Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet ist oder eine Terrorgefahr vorliegt, auch eine elektronische Fußfessel möglich sein.

- **Zügige Änderung des BKA-Gesetzes**
Hier geht es darum, dass die Fußfessel auch für Gefährder eingesetzt werden darf. Hierbei kommt es aber auch auf die jeweiligen Polizeigesetze der Länder an. Diese müssen nun ebenfalls die notwendigen gesetzlichen Änderungen umsetzen, sonst werden die Maßnahmen wirkungslos sein.
- **Einführung der elektronischen Fußfessel für bereits verurteilte Straftäter**
Ein Gesetzentwurf hierzu liegt bereits vor. Zwar ist eine Fußfessel kein Wundermittel, aber sie erleichtert den Sicherheitsbehörden die Arbeit, da sich der Aufenthaltsort jederzeit ermitteln lässt.
- **Verlängerung des Ausreisegewahrsams auf zehn Tage**
- **Verbesserung der Präventionsmaßnahmen**
Wir brauchen eine effektivere Präventionsstrategie im Kampf gegen terroristische Bedrohungen und islamischen Fundamentalismus. Radikalisierungen müssen wir so früh wie möglich entgegenwirken. Hier sind auch die Bundesländer gefragt!
- **Druck auf die Herkunftsländer abgelehnter Asylbewerber erhöhen**
- **Speicherung von Fluggastdaten**
Der hierzu vorliegende Gesetzentwurf – es handelt sich um die Übertragung einer EU-Richtlinie in nationales Recht – muss zügig umgesetzt werden. Solche Daten sind ein wichtiges Instrument, um die Einreise von Terrorverdächtigen zu verhindern. „Terrorismus“ werden wir entschieden bekämpfen!
- **Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den EU-Staaten**
Erkenntnisse über Terrorverdächtige und Asylsuchende müssen besser ausgetauscht werden. Es kann nicht sein, dass in einem Land Informationen vorliegen, andere EU-Länder jedoch nicht darauf zugreifen können. Wir müssen verhindern, dass Personen unterschiedliche Identitäten angeben und die Behörden zum Narren halten.



Fazit

Das Sicherheitspaket entspricht in vielen Punkten den Beschlüssen der CSU-Landesgruppe – in der letzten Ausgabe von **STEFINGERS WOCH**E (1/2017) habe ich darüber berichtet. Eine härtere Gangart gegen islamistische Gefährder hat die CSU schon länger gefordert. So haben wir bereits 2016 vorgeschlagen, dass verurteilte Gefährder rund um die Uhr mit Hilfe einer elektronischen Fußfessel zu überwachen sind. Gut ist, dass endlich auch die Sozialdemokraten aufgewacht sind und sich nicht mehr gegen ein Mehr an Sicherheit sperren. Selbst bei manchem grünen Politiker hat es gedämmert, dass es schlichtweg Unsinn ist, gute Polizeiarbeit aus ideologischer Verbohrtheit in Frage zu stellen und absurde Begriffsdebatten zu führen. Nun sind aber auch die Bundesländer gefordert und genau da sehe ich ein großes Problem: So manche rot-grüne oder rot-rot-grüne Landesregierung erweist sich nach wie vor als Bremsklotz in Sachen Innere Sicherheit. Wieso sich etwa Berlin immer noch gegen eine Ausweitung von Videoüberwachung sperrt, die sich in vielen Fällen als effektives Instrument zur Aufklärung von Straftaten erwiesen hat, ist nicht nachvollziehbar. Es ist nun auch höchste Zeit, die Blockadepolitik im Bundesrat zu beenden und die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer anzuerkennen!

UNTERWEGS

Guter Start ins neue Jahr: Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière zu Gast in München



Bundesinnenminister Thomas de Maizière bekommt einen bayerischen Löwen überreicht. Fotograf: Nils Schwarz

Gelungener politischer Jahresauftakt mit Bundesinnenminister de Maizière in München: In dem mit über 400 Besuchern voll besetzten Hofbräukeller stellte Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière das Maßnahmenpaket der Bundesregierung für mehr Sicherheit in

Deutschland vor. An die Adresse der Bundesländer appellierte de Maizière, einheitliche Rahmenbedingungen für eine effektivere Terrorabwehr zu schaffen. Bundeseinheitliche Regelungen mahnte er auch für andere wichtige Bereiche, etwa die Videoüberwachung an.

Keine Frage – eine Stärkung der Inneren Sicherheit ist aus meiner Sicht unerlässlich! Bei ihrer Klausurtagung Anfang Januar in Kloster Seon hat die CSU-Landesgruppe dazu, wie bereits erwähnt, eine Reihe konkreter Forderungen beschlossen. Eine Kompetenzabtretung der Landesämter für Verfassungsschutz an den Bund, wie sie Bundesinnenminister de Maizière derzeit fordert, siehe ich allerdings kritisch. Gewiss müssen wir die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden über die Ländergrenzen hinweg weiter ausbauen. Wir wissen aber, was wir an den bayerischen Sicherheitsbehörden haben und welche gute Arbeit sie leisten.

Am Ende der Veranstaltung gab's für den Minister als Präsent noch einen bayerischen Porzellanlöwen – ein bayerischer Löwe, der brüllt, Zähne zeigt und das eine oder andere durchsetzen muss – wie ich ihm augenzwinkernd noch mit auf den Weg gegeben habe.

Berichte zur Veranstaltung finden Sie unter anderem auf den Internetseiten des **BR** und des **Deutschland-funks**.

Neujahrsempfang der Pfarrgemeinde St. Augustinus



Fotograf: Volkmar Korsch

Die katholische Pfarrgemeinde St. Augustinus hatte kürzlich wieder zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang geladen. Pfarrer Dr. Czeslaw Lukasz und Pfarrgemeinderatsvorsitzende Johanna Gebrande begrüßten die zahlreichen Gäste. Unter ihnen der Vorsitzende des Bezirksausschusses Trudering-Riem Otto Steinberger, Bezirkstagsvizepräsidentin Friederike Steinberger, Landtagsabgeordneter Markus Blume (alle CSU) und SPD-Stadtrat Ingo Mittermaier. Für mich bot der Empfang eine gute Gelegenheit mit den Anwesenden ins



Gespräch zu kommen und mich v.a. für die Arbeit der unterschiedlichen Gruppierungen der Pfarrei zu bedanken.

FÜR MÜNCHEN

München wird Standort der neuen Sicherheitsbehörde ZITiS

Nun ist es offiziell: München wird Standort der Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) des Bundes! Aufgabe der auf dem Gelände der Universität der Bundeswehr München angesiedelten Einrichtung wird es sein, die verschlüsselte Kommunikation von Gefährdern und Straftätern zu entschlüsseln. Immer häufiger verschleiern Cyber- und Schwermkriminelle ihre Kommunikation und erschweren Behörden so die Überwachung und Strafverfolgung oder machen sie gar unmöglich. Sie nutzen Verschlüsselungsprogramme und geschützte Chaträume und Messenger-Dienste. In Zeiten ausufernder Cyberkriminalität und Internationalem Terrorismus müssen unsere Sicherheitsbehörden technisch Schritt halten. ZITiS wird nicht selbst Polizei- oder Nachrichtendienstaufgaben übernehmen, sondern sich der Forschung und Entwicklung widmen, um die Sicherheitsbehörden mit dem nötigen technischen Knowhow zu versorgen. Zunächst werden 120 Stellen eingerichtet. Bis 2022 soll ZITiS dann auf bis zu 400 Mitarbeiter anwachsen. Damit wird München als Topstandort für Cybersicherheit und Sicherheit in der Informationstechnik weiter gestärkt.

Elektromobilität: München erhält Bundesförderung

Nachhaltige und klimaverträgliche Mobilität dank dem Einsatz von Elektrofahrzeugen – mit dem Förderprogramm zur batterieelektrischen Elektromobilität unterstützt das Bundesverkehrsministerium (BMVI) die Beschaffung derartiger Fahrzeuge, den Aufbau von Ladeinfrastruktur und die Erarbeitung von kommunalen Elektromobilitätskonzepten. Das Förderprogramm ist mit jährlich 30 Mio. Euro dotiert und läuft bis 2019.

In dieser Woche wurden im BMVI 45 weitere Förderbescheide überreicht. Das Gesamtvolumen beträgt 11,5 Mio. Euro. Damit werden Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 24,3 Mio. Euro ermöglicht. Mit dabei ist auch dieses Mal wieder München, und das gleich zweifach: Die Landeshauptstadt München erhält Mittel zur Beschaffung von 30 Pkw für den städtischen Fuhrpark. Der Flughafen München wird bei der Beschaffung von

121 Pkw für seine Fahrzeugflotte sowie für 45 Ladesäulen und 10 DC-Schnellladesäulen unterstützt. Eine gute Investition für Stadt und Region!

NEUES VOM TEAM STEFINGER



Seit dieser Woche hat mein Berliner Büro mit Frau Rebecca Ludwig Verstärkung erhalten. Sie bringt bereits einige Jahre Erfahrung aus Ministerium und Bundestag mit und unterstützt mein Berliner Büro in allen organisatorischen Angelegenheiten. Frau Ludwig folgt auf Philipp Hirsch, der ein Stipendium der renommierten Mercator Stiftung erhalten hat und derzeit im

Ausland ein Programm zur Verhinderung von gewalttätigem Extremismus im Mittelmeerraum betreut. Ich danke Herrn Hirsch für seine großartige Unterstützung und heiße Frau Ludwig im Team Stefinger herzlich willkommen!

TERMINE

SITZUNGSWOCHE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

23.-27. Januar, Berlin

NEUJAHRSEMPFANG DES BEZIRKSAUSSCHUSSES BERG AM LAIM

28. Januar, 17:00 Uhr, Großer Pfarrsaal St. Michael, Baumkirchnerstr. 26

NEUJAHRSEMPFANG DES CSU-KREISVERBANDES BOGENHAUSEN / BERG AM LAIM

30. Januar, 18:00 Uhr

NEUJAHRSEMPFANG DES CSU-KREISVERBANDES MÜNCHEN-OST

30. Januar, 19:00 Uhr

16. BUNDESVERSAMMLUNG ZUR WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN

12./13. Februar, Berlin

